

Ausschuss über Bürgerinitiative in Upfkofen informiert

– Bau- und Umweltausschuss tagte – Gestalterische Bedenken bei einigen Anfragen -
Mallersdorf-Pfaffenberg (al) Mit dem Bau- und Umweltausschuss ging das letzte gemeindliche Gremium nach der Donnerstagsitzung in die Sommerpause. Diesmal standen im kleinen Sitzungssaal einige Baupläne bzw. Voranfragen zur Beratung an und nicht von jedem Objekt war man begeistert. Zudem informierte 1. Bürgermeister Karl Wellenhofer über eine kurz vor der Sitzung eingegangene Bürgerinitiative aus Upfkofen, welche massiv die Sperrung der Kreisstraße SR 59 für den Schwerlastverkehr fordert.

Ohne Bedenken verabschiedete der Ausschuss folgende Baupläne : Stefan Mally, Dr.-Heiß-Straße 9, Mallersdorf (Rückbau des bestehenden Schuppen in einen Freisitz mit Aufbau eines Balkons); Eduard Hartmann, Oberellenbach 2 (Erneuerung der Dachkonstruktion eines Garagengebäudes); Robert Fahrner jun., Buchetweg 20, Mallersdorf (Neubau eines Mitarbeiterparkplatzes auf Fl.Nr. 818/1 der Gemarkung Mallersdorf); Oskar Limmer, Hans-Sachs-Straße 11, Schierling (Tektur zum Anbau eines neuen Bankraumes und einer Garage an eine bestehende Schreinerei in Pfaffenberg, Neue Straße 10). Der Labertaler Reit- und Fahrverein legte einen Bauantrag für den Neubau eines Hindernislagers beim Reitsportgelände vor. Das Grundstück gehört dem Markt. Der Ausschuss war zunächst der Meinung, dass der Standort nicht optimal ist. Man stimmte schließlich dennoch zu. Der gemeindliche Mietvertrag wäre zu ergänzen. Dort ist bisher eine Bebauung untersagt. Eine entsprechende Vertragserweiterung, in der auch ein evtl. Rückbau geregelt ist, wurde für erforderlich gehalten. Cornelia Kreuzer aus der Alois-Kainz-Straße in Pfaffenberg beabsichtigt die Errichtung einer Stützmauer. Dies steht im Gegensatz zum Bebauungsplan „Mitterlohe“. Der Ausschuss sah gemeindliche und nachbarliche Belange nicht beeinträchtigt und erteilte die Zustimmung zu einer Befreiung von den Festsetzungen des Bauleitplanes.

Grummeln wegen einer Stellplatzüberdachung.

Eine Grundstückseigentümerin aus der Eichenstraße reichte auf Verlangen der Verwaltung einen Antrag auf Befreiung vom Bebauungsplan „Petersberg“ für eine Stellplatzüberdachung ein. Der Ausschuss nahm davon Kenntnis, dass die Überdachung schon vor geraumer Zeit vorgenommen wurde. Ein Teil des Ausschusses zeigte seinen Unmut darüber, dass man vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. „Diejenigen, die einen Plan rechtzeitig einreichen, sind manchmal die Dummen“ hieß es beispielsweise. Auch die Gestaltung war nicht so recht nach dem Geschmack des Ausschusses. 1. Bürgermeister Wellenhofer ließ schließlich abstimmen. Bei einem Abstimmungsverhältnis von 3:3 galt der Antrag letztlich wegen Stimmgleichheit als abgelehnt.

Deutliche Defizite in gestalterischer Hinsicht ließ das nächste Vorhaben erkennen. Peter Kaufmann will in Oberhaselbach an der Grenze eine Garage mit einer Wandhöhe von über 5 m errichten und zudem ein Pultdach. Anhand von Fotos wurde die Umgebungsbebauung dargelegt. Der Bau- und Umweltausschuss verweigerte schließlich die Zustimmung zu diesem Projekt. Er war mit einer Garage einverstanden, verband dies jedoch mit der Auflage, dass die Wandhöhe deutlich zu reduzieren ist und zudem ein Satteldach aufgebracht wird.

Von den Ehegatten Karl-Heinz und Helga Müller aus der Mitterlohe lag eine Voranfrage wegen der Errichtung einer Garage an der Westgrenze vor. Diese weicht in fünf Punkten vom Bebauungsplan ab.

Die nachbarliche Zustimmung war gegeben. Der Ausschuss zeigte sich einverstanden, sah jedoch in der geplanten „Verblendung“ der Süd- und Nordfassade einen optischen Mangel und legte den Bauherren nahe, auf diese zu verzichten.

Jetzt wird endlich „geteert“.

Positives konnte der Bürgermeister auch in Sachen „Asphaltierung in Oberellenbach“ vermelden. Die Straßenaufbrüche in der Kreisstraße infolge der Verlegung von Stromkabeln für eine Photovoltaikanlage, welche zu zahlreichen Beschwerden der Anwohner geführt hat, werden nun definitiv in der Woche vom 16. bis 20. August asphaltiert.

Abschließend berichtete Ausschuss-Vorsitzender Wellenhofer noch von einer Unterschriftenaktion aus Upfkofen, welche die dortige Marktgemeinderätin Margarete Stadler initiiert hat. 114 Einwohner haben sich in einem Antrag dafür ausgesprochen, dass aufgrund des zunehmenden Verkehrs der Schwerverkehr aus der Ortschaft verbannt werden soll. Zuständig hierfür ist aber der Landkreis, nachdem es sich um eine Kreisstraße handelt. Die Petition der Upfkofener wird in der September-Sitzung auch dem Marktgemeinderat vorgelegt.

Im nichtöffentlichen Teil ging es u. a. um den von der Telekom Deutschland GmbH geplanten Abbau einer öffentlichen Fernsprechkabine in Mallersdorf.

